

Sendesperrfrist: 11. Januar 2012, 10.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Pressestatement

Anton F. Börner

**Präsident des Bundesverbandes
Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)**

Konjunktur 2012: Behält die Realwirtschaft die Oberhand?

**Die wirtschaftliche Lage und Perspektive in Deutschland und für den Großhandel
- Ergebnisse der aktuellen BGA-Unternehmerumfrage -**

**Mittwoch, dem 11. Januar 2012 um 10.30 Uhr,
Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz,
Schiffbauerdamm 40 – Ecke Reinhardtstraße, 10117 Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bund und Länder haben einen historisch einmaligen Berg an Schulden aufgetürmt. Die Finanzmärkte verlieren das Vertrauen in Europa. Die Banken stehen unter permanentem Stress und der Euro unter Druck. Diesen Entwicklungen zum Trotz gibt es auch erfreuliche Botschaften. Die deutsche Wirtschaft ist in einer robusten Verfassung und behauptet sich erfolgreich im schweren Seegang des schwierigeren internationalen und europäischen Wirtschaftsumfelds.

Der BGA hat die Unternehmen des Großhandels im Zeitraum von Mitte Dezember 2011 bis Anfang Januar 2012 zur aktuellen Lage, den Perspektiven zur wirtschaftlichen Entwicklung und im Großhandel befragt.

Großhandel zum Jahreswechsel 2011/12 - Stimmungslage bleibt robust

Die Befragten zeigen sich weitgehend unbeeindruckt von den enormen Anspannungen aus drückender Schuldenkrise, weltwirtschaftlichen Unwuchten und politischen Instabilitäten in einigen Teilen der Welt.

(Grafik 1)

Nach der aktuellen Stimmungslage wollen und können wir den vielfach anzutreffenden Konjunkturpessimismus nicht teilen. Die Grundstimmung bei den Unternehmen bleibt klar positiv. Sie vertrauen auf die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und sind fest davon überzeugt, dass sie die Herausforderungen meistern können. Immerhin geht mehr als jedes zweite Unternehmen davon aus, dass es weiter aufwärtsgehen wird, vorausgesetzt die Finanzkrise wird gemeistert. Zwei von fünf Unternehmen geben sich überzeugt, das Niveau halten zu können. Eine Abwärtsentwicklung befürchtet nur jedes zwanzigste Unternehmen.

Die Stimmungslage bleibt auf hohem Niveau. Der Großhandels-Klimaindikator hat nur leicht nachgegeben. Er liegt nun bei 128,5 Punkten. Mit einem Minus von nur 1,6 Punkten wird ein unmittelbarer Absturz der Konjunktur nicht erwartet.

(Grafik 2)

Robust ist insbesondere die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage. Mit 133,4 Punkten ist diese nahezu konstant geblieben. Bei Umsätzen, Beschäftigung, Kapazitätsauslastung und Auftragseingängen konnten die Unternehmen überwiegend ihre Ziele erreichen.

Die Geschäftserwartungen haben etwas nachgelassen. Sie liegen bei 123,6 Punkten. Vor dem Hintergrund von Schuldenkrise, Diskussion um die Euro-Stabilität und Lage der Weltkonjunktur halten die Unternehmen ihre Kapazitäten für ausreichend. Auch bei den Investitionen zeichnet sich wieder eine stärkere Zurückhaltung ab. Beabsichtigt sind überwiegend Ersatzinvestitionen.

Zuversichtlich bleiben die Unternehmen für die Entwicklung der Auftragseingänge. Und auch der Anteil der Unternehmen, die ihre Beschäftigung erhöhen wollen, überwiegt deutlich.

Für die Robustheit der Entwicklung spricht, dass nicht nur der Produktionsverbindungshandel und der baunahe Großhandel zuversichtlich bleiben, sondern im Konsumgütergroßhandel die Stimmung leicht gestiegen ist. Der Wirtschaftsmotor in Deutschland schnurrt weiterhin auf allen Zylindern.

(Grafik 3)

In konkreten Zahlen bedeutet dies: 2011 war ein Rekordjahr für den Großhandel. Die Unternehmen konnten ihre Umsätze um 7 ½ Prozent auf 857 Milliarden Euro steigern. Damit hat der Großhandel die Latte des guten Vorkrisenjahres 2008 übersprungen.

Und 2012 verspricht sogar ein neues Allzeithoch für den Großhandel zu bringen mit einem Gesamtumsatz von 887 Milliarden Euro - trotz einer Halbierung des Wachstums auf etwa 3 ½ Prozent. Nachlassender Preisdruck bei Rohstoffen und Energie ermöglichen nach unserer Einschätzung auch ein reales Umsatzplus. Allerdings wird dieses mit bis zu 1 Prozent noch etwas schwächer ausfallen als 2011, als es 1 ½ Prozent betrug.

Dieses starke Ergebnis ist allerdings angesichts der steigenden Risiken, die von der Weltwirtschaft und von den Finanzmärkten ausgehen, kein Selbstläufer!

Die Beschäftigung hat im abgelaufenen Jahr wieder zugenommen. Nach einer eher zögerlichen Entwicklung im Jahr davor haben 2011 mit jahresdurchschnittlich 1,15 Millionen Beschäftigten etwa 20.000 Menschen mehr im Großhandel eine berufliche Zukunft gefunden. 2012 rechnen wir mit einem weiteren leichten Beschäftigungsaufbau von etwa 5.000 neuen Jobs.

Über viele Jahre belächelt, als zu langsam und unflexibel kritisiert, zeigen in schwierigen Zeiten Politik, Unternehmen und Gesellschaft, was Deutschland zu leisten vermag, wenn es darauf ankommt.

Im Einklang mit unseren Unternehmen sehen wir das Land weiter auf Wachstumskurs. Von Rezession kann keine Rede sein, auch wenn wir uns in diesem Jahr von den großen Wachstumszahlen verabschieden müssen.

Wir sehen zwar die Risiken, glauben aber, dass wir es wieder schaffen können. Unter dieser Prämisse erwarten wir für 2012 ein positives Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von etwa 0,8 Prozent.

Deutschland wird weiter wachsen: Das ist unsere zentrale positive Botschaft heute.

Sichere Unternehmensfinanzierung in schwierigerem Umfeld

Meine Damen und Herren,

mit der verbesserten konjunkturellen Lage haben die Unternehmen auch ihre Unternehmensfinanzierung weiter verbessert. Der Handlungsdruck der vergangenen Jahre - ausgehend von BASEL II - hat die Unternehmen veranlasst, ihre Unabhängigkeit von Bankenfinanzierungen zu stärken. Sie haben die vergangenen zwei guten Jahre nach der Krise 2008 genutzt, Vorsorge zu leisten.

Die Unternehmensfinanzierung hat sich aus Sicht der Großhandelsunternehmen weiter entspannt, vereinzelt sogar verbessert.

(Grafik 4)

Für 77 Prozent der befragten Unternehmen hat sich das Kreditverhalten ihrer Hausbank nicht verändert. Dies ist etwas mehr als ein halbes Jahr zuvor. Für 13 Prozent der Unternehmen haben sich die Kreditzinsen bzw. die Konditionen sogar verbessert. Dies sind mehr als doppelt so viele als noch vor einem halben Jahr.

(Grafik 5)

Die Unternehmen haben auch die Struktur ihrer Unternehmensfinanzierung weiter verbessert. Mit 37 Prozent geben fast genauso viele wie vor einem halben Jahr an, dass sie über ausreichend Eigenkapital verfügen zur Finanzierung von Investitionen und Warenvorräten. Der Anteil der Unternehmen, der sich aus den erzielten Umsätzen finanziert, ist um 5 Prozentpunkte auf 40 Prozent deutlich angestiegen. Die Bildung von Eigenkapital bleibt für den Großhandel ein wichtiges Ziel.

Kredite bleiben für die Unternehmen aber ein wichtiges Finanzierungsinstrument. So ist der Anteil der Unternehmen, die einen höheren Kreditbedarf haben von 6 auf 10 Prozent angestiegen. Die Finanzierung der steigenden Umsätze aus eigenen Mitteln stößt

zunehmend an Grenzen. Attraktive Finanzierungsbedingungen blieben daher für die Unternehmen eine wichtige Säule der Finanzierung.

Die Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe bleibt für die Realwirtschaft eine sensible Frage. Regulierungen sind nur insoweit vertretbar, als sie Exzessen einen Riegel vorschieben. Mit den aktuellen Regulierungen schießen Bundesregierung und EU-Kommission über dieses Ziel hinaus.

Die Erfüllung der Basel III-Kernkapitalquote bereits ab Mitte 2012, die Bankenabgabe, die geplante Finanztransaktionssteuer und die verschärfte Einlagensicherung schränken die Finanzierungsmöglichkeiten ein. Die allein aus BASEL III resultierende Verschärfung muss durch eine Senkung der Risikogewichtung bei KMU-Krediten um ein Drittel kompensiert werden.

Priorität Wirtschaftspolitik: stabiler Euro und solide Finanzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

(Grafik 6)

die Unternehmen sind mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Wesentlichen zufrieden. Stattliche 86 Prozent geben an, dass sie sich für ihr Unternehmen in den vergangenen drei Jahren verbessert haben oder zumindest gleich gut geblieben sind. Nur jedes zehnte Unternehmen beklagt eine Verschlechterung. Auf der Habenseite steht insbesondere das Wachstumsbeschleunigungsgesetz 2009 mit der entschärften Unternehmensbesteuerung.

(Grafik 7)

Allerdings wünschen sich fast zwei Drittel der Befragten mehr wirtschaftlichen Freiraum für Unternehmen.

Die Politik sollte dringend ihren Kurs der vermehrten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen überdenken, ansonsten bleibt das richtige Ziel, Bürokratie um 25 Prozent abzubauen, unrealistisches Wunschdenken, macht den Unternehmen weiter das Leben schwer und bringt uns auch bei der Krisenvorbeugung keinen Schritt weiter.

(Grafik 8)

Sehr geehrte Damen und Herren,

höchste Priorität hat für die Unternehmen aktuell die Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Trotz der Bedeutung der Unternehmensfinanzierung gerade in Krisenzeiten, ist dies für die Befragten jedoch nur das zweitwichtigste Thema. Weitere wichtige Themen wie die Belebung der binnenwirtschaftlichen Konjunktur durch die Senkung von Steuern und Abgaben, die Sicherung der Energieversorgung oder der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur treten ebenfalls dahinter zurück.

Immer noch fast drei Millionen Arbeitslosen bei inzwischen extremer Knappheit an Fachkräften zeigt, dass der Arbeitsmarkt sich in einer Schieflage befindet. Wir finden immer weniger gut ausgebildete Arbeitnehmer. Noch profitieren die Unternehmen davon, allen voran der Mittelstand, das sie in weiser Voraussicht ihre Arbeitnehmer in der Krise gehalten haben.

Es ist jedoch Kernaufgabe der Politik, in Schulen das Fundament für eine gute Ausbildung von Fachkräften zu legen. Seit Jahren beobachten die Unternehmer zunehmend erhebliche Defizite bei den Auszubildenden in Fragen der Grundfertigkeiten und der sozialen Kompetenzen.

Angesichts der Komplexität der Arbeitsabläufe ist es heute ein Muss, dass wir von unseren Auszubildenden erwarten dürfen, dass sie die Grundfertigkeiten Rechnen, Schreiben und Lesen beherrschen. Insbesondere im Dienstleistungsbereich sind auch gute Umgangsformen und Höflichkeit maßgeblich.

(Grafik 9)

Meine Damen und Herren,

solide Haushalte sind heute mehr denn je Kennzeichen für einen leistungsfähigen Staat. Auch Deutschland hat in den vergangenen Jahren trotz aller Bekenntnisse zur Haushaltskonsolidierung seine Pflichten bei weitem nicht erfüllt. Wie wollen wir denn bei auch nur schwächerem Wachstum Schulden abbauen, wenn wir es zu Hochkonjunkturzeiten schon nicht schaffen?

Nur 15 Prozent der Befragten halten den aktuellen Konsolidierungskurs für ausreichend. Und für 40 Prozent ist es eine von zwei zentralen Aufgaben der Bundesregierung, noch in dieser Wahlperiode zumindest einen ausgeglichenen Haushalt zu schaffen.

Auch das Urteil, wie dies geschehen sollte, fällt eindeutig aus: Fast die Hälfte (46 Prozent) fordern Ausgabenkürzungen und ein weiteres knappes Drittel (30 Prozent) eine Konjunkturbelebung durch Senkung von Steuern und Abgaben. Angesichts der

bestehenden Steuerlast und Rekordsteuereinnahmen lehnen über 90 Prozent weitere Steuererhöhungen als nicht zielführend ab.

Die Diskussion um den Bundeshaushalt 2012 ist kein Ruhmesblatt. Die Ausgaben sinken faktisch nicht, es wird sogar noch eine kleine Schippe oben aufgelegt. Noch dramatischer ist, dass die Neuverschuldung nach den Planungen mit 26 Milliarden Euro sogar wieder über dem Abschluss 2011 mit rund 22 Milliarden Euro liegt. Zwar wird der Bundesfinanzminister bei guter Konjunktur die Planungen wieder unterschreiten können.

Eine überzeugende und seriöse Konsolidierungspolitik sieht aber anders aus. Es muss ein klares Konzept vorgelegt werden, wie die Staatsverschuldung wieder auf unter 60 Prozent zurückgeführt werden kann.

(Grafik 10)

Eine aufkommensneutrale Steuerstrukturreform oder gar grundlegende Entlastungen, die über die Beseitigung der Besteuerung der kalten Progression hinausgehen, erwartet nur noch jeder fünfte Unternehmer von der Regierung in dieser Wahlperiode.

Meine Damen und Herren,

die zweite zentrale Erwartung der Unternehmer an die Bundesregierung ist die Rettung des Euros.

(Grafik 11)

Für 90 Prozent der Unternehmen steht der Euro nicht zur Disposition. Etwas mehr als 40 Prozent unterstützen die Regierung insbesondere darin, die Verträge noch fester und strenger auszulegen.

Realwirtschaft behält Oberhand

2012 kann ein solides Jahr werden. Die Binnenkonjunktur läuft nicht schlecht. Die Auftragsbücher sind gefüllt. Am Bau sieht es bislang gut aus. Auch der Großhandel steht gut da und der Außenhandel bleibt weiter auf Kurs. Die Megatrends sprechen für Deutschland. Aber auch 2012 wird kein Jahr für schwache Nerven. Wir werden sicher noch viele Krisengipfel erleben. Ein Unternehmer kann mit allem fertig werden, wenn er sich darauf einstellen kann. Die Politik muss den Euro retten, das heißt die Schulden in den Griff bekommen, den Rest machen wir!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.